

Schlussfolgerungen aus dem
Weißbuch zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr

Teil 8

Demokraten und Diktatoren

Bereits heute sind die Konfliktlinien von morgen erkennbar: Liberale Gesellschaften müssen dem wachsenden Einfluss von Autokratien in der Welt begegnen **Von Johannes Varwick**

Wie sieht die Welt von morgen aus und welche Konfliktformationen bestimmen die künftige Weltpolitik? Die Antwort darauf beinhaltet höchst unterschiedliche Aspekte. Wir müssen uns auf eine „Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit“ einstellen, bei der verschiedenste Trends, Prozesse und Konfliktformationen gleichzeitig zu beobachten sind. Neben einer „postmodernen Welt“, die sich durch offene Grenzen, wechselseitige Beeinflussung und einen stabilen Frieden auszeichnet, ist eine von Machtpolitik und kurzfristigen nationalen Interessen dominierte zweite Zone auszumachen, in der vornehmlich in Kategorien militärischer Stärke und geopolitischer Einflusszonen gedacht wird. Eine dritte Zone ist gekennzeichnet durch Machthohlräume und den Verlust politischer Steuerungsfähigkeit. Diesen Zonen sind zwar geografische Räume grob zuzuordnen – so ist die dritte Zone im Wesentlichen

Das 19., 20. und 21. Jahrhundert finden gerade gleichzeitig statt

auf Teile Afrikas begrenzt –, allerdings überlappen sich die Räume, und ihre Probleme sind nicht auf eine Zone zu begrenzen. Anders formuliert: Das 19., 20. und 21. Jahrhundert finden gerade gleichzeitig statt.

Ein gleichwohl aus heutiger Sicht weitgehend unumkehrbarer politisch-gesellschaftlich-technologischer Megatrend ist die Globalisierung. Handlungsrelevante Räume sind gegenwärtig in erster Linie funktional und kaum mehr territorial bestimmbar. Zudem treten mit transnationalen Konzernen und einer weltweit vernetzten Zivilgesellschaft neben Staaten und internationalen Organisationen neue Akteure auf die Bühne der Weltpolitik. Dennoch: Globalisierungsprozesse haben nicht zu einem „Ende der Geografie“ geführt. Es werden vielmehr neue Räume geschaffen, die bestehende Grenzen nicht bedeutungslos werden lassen, sondern allenfalls ergänzen und überlagern. Globalisierung ist zudem weder ein Allheilmittel zur Erklärung internationaler Politik, noch bedeutet sie den als „Ende der Geschichte“ bezeichneten weltwei-

Demonstrations- und Meinungsfreiheit (in Berlin, links, und in Peking, rechts): „Globale Spaltung“



ten Siegeszug liberal-demokratischer Regierungssysteme. Nicht erst der August-Krieg im Kaukasus hat gezeigt, dass klassische Staatenkonflikte um Territorien und Einflusszonen auch im Zeitalter der Globalisierung und selbst in Europa nicht ausgestorben sind. Im Gegenteil: Angesichts rasanter demografischer Veränderungen, der Verknappung lebenswichtiger strategischer Ressourcen wie Wasser, Gas und Öl sowie im Hinblick auf die Bedrohung durch den Klimawandel und damit einhergehenden Umweltkatastrophen dürfte diese Art von Auseinandersetzungen künftig mit neuer Wucht auf die internationale Agenda drängen.

Dabei spielt die innere Verfasstheit von politischen Systemen für die internationale Politik durchaus eine Rolle. Das außenpolitische Verhalten einer Regierung wird maßgeblich vom Charakter des Herrschaftssystems im Inneren bestimmt. Zudem sind die Auswirkungen problematischer innenpolitischer Entwicklungen oftmals auch im regionalen Umfeld oder gar im gesamten internationalen System spürbar. Daher kann es für die Stabilität und die Berechenbarkeit internationaler Politik nicht unerheblich sein, wie Staaten im Inneren verfasst und regiert sind. Ein politisches System ist dann als Demokratie zu bezeichnen, wenn konkurrierende Akteure ihre Normen und Interessen innerhalb klarer Regeln durchzusetzen versuchen, der Ausgang der politischen Konkurrenz unsicher ist und alle Entscheidungen der politischen Repräsentanten regelmäßig vor

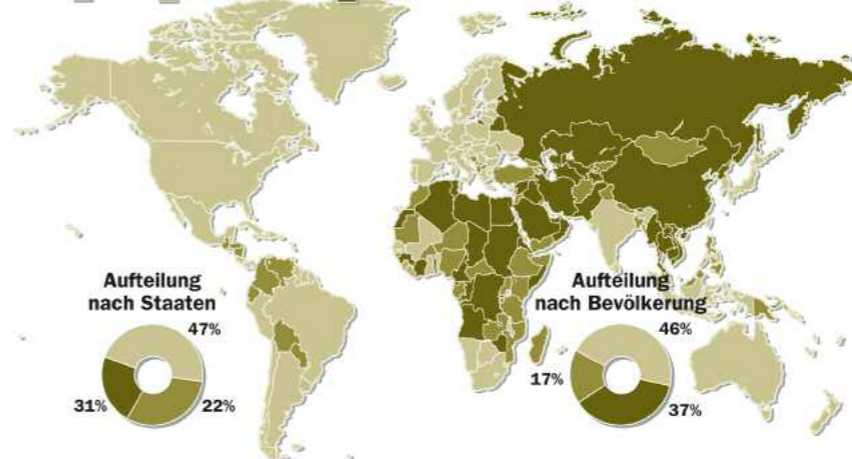
Staatenkonflikte um Territorien und Einflusszonen sind auch im Zeitalter der Globalisierung nicht ausgestorben

den Staatsbürgern und der Öffentlichkeit zu verantworten sind. In autokratischen Systemen sind diese Voraussetzungen nicht gegeben. Allerdings befinden sich zahlreiche Systeme in einer Grauzone zwischen Demokratie und Diktatur. Die Transformationsforschung hat dafür Begriffe wie „defekte Demokratie“ oder „hybride Regime“ entwickelt.

Wie sind die Regierungsformen auf dem Globus verteilt? Das amerikanische Forschungsinstitut „Freedom House“, das jährlich einen Bericht über den Grad demokratischer Freiheiten in der Welt herausgibt, zählt in seinem jüngsten Bericht 90 Staaten zu der Kategorie „frei“, 60 werden als „teilweise frei“ (u.a. Nigeria, Türkei, Philippinen) und 43 (u.a. China, Russland, Iran, Sudan) als „nicht frei“ betrachtet. Die freien Staaten umfassen 46 Prozent der Weltbevölkerung, 17 Prozent sind teilweise frei, 37 Prozent nicht frei. Die deutsche Bertelsmann-Stiftung kommt in ihrem Trans-

DEMOKRATIE UND FREIHEIT IN DER WELT

frei teilweise frei nicht frei



EINSATZ BEKLEIDUNG



z.B. SPECIAL FORCES SHIRT
5farb Flecktarn o. 3farb Tropentarn
10% Rabatt für aktive Soldaten und Reservisten

Leichtes aber sehr funktionelles Einsatz Shirt. Konzipiert für das Tragen in Verbindung mit einer Kampfmittelweste.

Es wurde weitestgehend auf RVs und Knöpfe verzichtet, um die Verletzungsgefahr durch kleine Splitter, etc. zu verringern.

- Front- und Taschenöffnungen mit Klettöffnung
- Brust- und Hüfttaschen von oben und seitlich zu öffnen
- Kragen mit Klettverschluss
- Innentaschen mit Klettverschluss
- 4 geräumige Blasebalgtaschen an der Front
- Oberarm-Blasebalgtaschen mit Zusatztaschen
- Verstellbare Klettbindchen
- Verstärkte Ellbogen
- Unterarm RV mit Moskitonetz
- Klettfläche für IR-Patches am Oberarm und im Nackenbereich

Der Ripstop im 3 Farben- und Wüstentarndruck der Bundeswehr ist mit Vektorenschutz (gem. TL 8305-0331) ausgerüstet. Er ist Öko-Tex-Standard 100 zertifiziert und verhindert die Übertragung von von Krankheiten wie Malaria und Leishmaniose durch blutsaugende Gliedertiere.

Weitere professionelle Ausrüstungs- und Bekleidungsstücke finden Sie in unserem Online-Shop oder im ausgesuchten Fachhandel.

www.sabre-shop.de

JK Defence & Security Products GmbH
Industriering Ost 74 47906 Kempen
Tel. 02152 / 1445 - 17 Fax 02152 / 1445 - 33
Mail: info@sabre-shop.de

formationsindex zu dem Ergebnis, dass 75 von 125 untersuchten Staaten die Grundanforderungen an eine rechtsstaatliche Demokratie erfüllen. Immerhin 50 Staaten werden aber als stark defekte Demokratien (z.B. Russland) oder Autokratien (z.B. China) bezeichnet. Die Autoren der Studie argumentieren, dass es im Interesse entwickelter Demokratien liege, Wandlungsprozesse hin zu Demokratie und Marktwirtschaft aktiv zu begleiten und zu unterstützen, um einen Beitrag zur internationalen Stabilität zu leisten.

In den USA wird seit längerer Zeit diskutiert, welche Macht Autokratien haben sollten und wie „der Westen“ damit umgehen könne. In einem Bericht des „Princeton Project on National Security“, einer von Demokraten wie Republikanern gebildeten Expertengruppe, wird etwa gefordert, dass sich demokratische Staaten zu einem „Bund der Demokratien“ (concert of democracies) zusammenschließen. Damit soll ein Rahmen für die Zusammenarbeit bei der Bewältigung globaler Probleme geschaffen werden, in dem auch über die Legitimierung des Einsatzes kollektiver militärischer Gewalt entschieden werden könnte. Dass eine solche Allianz damit in Konkurrenz zu den Vereinten Nationen treten würde, wird bewusst in Kauf genommen und sogar als Vorteil angesehen. Denn anders als bei Entscheidungen des UN-Sicherheitsrats würde man das Handeln nicht von der Zustimmung von Nicht-Demokratien abhängig machen. Der amerikanische Politikwissenschaftler Robert Kagan geht noch einen Schritt weiter und vertritt in seinem Buch „Die Demokratie und ihre Feinde“ die These, dass Autokratien derzeit eine Rückkehr in die internationale Politik feierten und sogar internationale Anziehungskraft hätten. Das Verhalten Chinas und Russlands im UN-Sicherheitsrat lasse bereits

Das Verhalten von Autokratien in der internationalen Politik ist meist destruktiv

deutlich erkennen, dass Demokratien bei wichtigen Themen in die eine Richtung abstimmen, Autokratien in die andere. Viele kleinere Staaten würden sich an dem Verhalten von autoritären Großmächten orientieren. Dies werde dazu führen, dass sich autokratische Systeme ausbreiteten. Es gebe, so Kagan, keine „internationale Gemeinschaft“ mehr, sondern eine globale Spaltung zwischen dem „Club der Autokraten“ und der „Achse der Demokratien“. Seine Schlussfolgerung: Das demokratische Lager darf den Anspruch nicht aufgeben, internationale Politik zu bestimmen und autokratische Systeme einzudämmen.

Diese Sicht ist nachvollziehbar, sollte jedoch mit einer nüchternen Portion Realpolitik gewürzt werden. So kann insbesondere der Versuch der USA in der Regierungszeit von George W. Bush, Demokratie auch militärisch mit erzwungenem – und schlecht vorbereitetem – Regimewechsel von außen durchzusetzen, als gescheitert betrachtet werden. Dessen ungeachtet bleibt aber die Förderung von Demokratie, zuvorderst mit nicht-militärischen Mitteln, auch jenseits der eigenen Grenzen ein berechtigtes Anliegen. Denn der empirische Befund zeigt, dass zahlreiche Bedrohungen wie Fundamentalismus, Terrorismus oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen von autoritär regierten Staaten ausgehen bzw. unterstützt werden. Andererseits kann das Phänomen schwacher (weak), versagender (failing) oder gescheiterter Staaten (failed states) ebenso große Probleme für die internationale Politik mit sich bringen. Niemand kann ein Interesse daran haben, staatliche Strukturen zu schwächen, ohne funktionsfähige Alternativen zu hinterlassen. Kurzum: Es gibt „stabile Autokratien“, die berechenbar und vergleichsweise zuverlässig sind und kein großes Problem für die internationale Politik darstellen, und es gibt „Rogue States“ (Schurkenstaaten), die die internationale Ordnung herausfordern. Allerdings ist der Übergang der ersten zur zweiten Kategorie fließend. In jedem Fall ist das Verhalten von Autokratien in der internationalen Politik meist destruktiv. Grund genug für das Lager der Demokratien, sich seiner Gemeinsamkeiten bewusst zu werden.

Das Dilemma der „Gleichzeitigkeit der Ungleichzeitigkeit“ löst sich damit allein jedoch nicht auf. Eine kluge Strategie der Demokratien gegenüber Autokratien müsste daher sowohl Elemente der Eindämmung als auch der Kooperation enthalten. Der genaue Instrumentenmix kann – so schön das auch wäre – nicht im Sinne einer „Grand Strategy“ erfolgen, sondern muss ad-hoc von Fall zu Fall in Abwägung der Kosten und Interessen und insbesondere in realistischer Einschätzung der eigenen Handlungsmöglichkeiten bestimmt werden. □

Der Autor, **Prof. Dr. Johannes Varwick**, ist Direktor am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Kiel.

Frankreichs Präsident Sarkozy und der libysche Staatschef Muammar Gaddafi (im Elysée-Palast in Paris): „Eindämmung und Kooperation“

